



Afghanistan ist ein sicheres Herkunftsland

1 Nachricht

NZZ - Der andere Blick <gujer@email.nzz.ch>

Mo., 11. Sept. 2023 um 18:03

Antworten: NZZ Leserservice <reply-fe8010787c620c797d-1355_HTML-676807547-7275495-1004@email.nzz.ch>

An: office@gfie.net

Im Browser lesen

Neue Zürcher Zeitung



Der andere Blick

von **Marco Seliger**

Verteidigungs- und sicherheitspolitischer Redaktor der «Neuen
Zürcher Zeitung»

Liebe Leserin, lieber Leser

Heute geht es um Boris Rhein, der Ministerpräsident in Hessen
bleiben will, und Hansi Flick, der gerne Fussball-Bundestrainer
geblieben wäre. Zunächst aber zum Kommentar.

Neue Zürcher Zeitung

Sichern Sie sich jetzt 1 Monat für 1 Euro

Jetzt abonnieren

Thema des Tages: Afghanistan ist sicher, auch wenn das die Bundesregierung nicht wahrhaben will



Die Taliban haben Afghanistans schwarz-rot-grüne Nationalflagge durch ihre weiße Fahne des Islamischen Emirats ersetzt. Sie ist omnipräsent im Land und bekundet den Herrschaftsanspruch der Taliban.

Stringer / EPA

Die Taliban drohen, Deutschland vor einem internationalen Gericht auf Entschädigung für die Kriegsfolgen zu verklagen. Das ist ein allzu durchsichtiger Versuch, Aufmerksamkeit zu erheischen und an Geld zu kommen. Kein Land der Welt hat die Regierung der islamistischen Kriegsgewinner bisher anerkannt. Deshalb wäre eine Klage der Taliban vor einem internationalen Gericht wohl aussichtslos. So gesehen könnte die Bundesregierung in Berlin argumentieren, dass sie die [Drohung von Migrationsminister Khalil Haqqani in Kabul](#) nicht interessiert.

Doch so einfach ist es nicht. Die Äusserungen aus dem Führungskreis der Taliban werfen durchaus unbequeme Fragen auf. Eine Frage lautet, wie die Bundesrepublik mit Afghanistan umgehen soll. Gut zwei Jahre nach dem desaströsen Ende des westlichen Militäreinsatzes und der Machtübernahme durch die archaische Kriegertruppe samt ihrem islamisch-orthodoxen Vordenker hat

Deutschland noch keinen politischen Umgang mit den neuen Realitäten in Afghanistan gefunden.

Doch eine Politik, die lediglich auf strikter Ablehnung der gegebenen Verhältnisse beruht, so wie das die «Ampel» mit ihrer grünen Aussenministerin praktiziert, ist keine Politik. Der Ukraine-Krieg hat diesen Mangel deutscher Diplomatie bisher überdeckt.

Eine zweite Frage bewegt einen Grossteil der deutschen Bevölkerung. Es geht um die afghanischen Flüchtlinge im Land und die Diskussion, unter welchen Umständen sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. [Rund 400 000 sind es inzwischen](#). Noch allzu präsent sind die Bilder vom Flughafen in Kabul, als westliche Militärflugzeuge unter chaotischen Umständen im August 2021 Tausende Afghanen ausflogen. Diese Menschen hatten vielfach für den Westen gearbeitet und fürchteten, von den Kriegsgewinnern bestraft oder gar getötet zu werden.

Heute zeigt sich, dass diese Sorge überwiegend unbegründet war. Die Taliban haben kurze Zeit nach ihrer Machtübernahme eine Generalamnestie erlassen. Sie gilt für frühere Soldaten (sofern sie nicht bei den Spezialkräften dienten), Polizisten und Regierungsmitarbeiter. Ein Teil dieser Menschen arbeitet heute unter den Taliban weiter. Die Amnestie gilt aber auch für ehemalige Mitarbeiter der westlichen Streitkräfte («Ortskräfte»), sofern sie nicht als Spione tätig waren.

Die Taliban halten sich bisher an ihre Zusage

Dass die Taliban beteuern, es habe niemand etwas zu befürchten, könnte man als islamistische Propaganda abtun. Doch diese Behauptung wird durch deutsche Kenner und Beobachter Afghanistans gestützt. Reinhard Erös etwa, seit gut vier Jahrzehnten mit seinem Verein «Kinderhilfe Afghanistan» im Land aktiv, berichtet ebenso wie Ellinor Zeino, Afghanistan-Expertin der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass sich die Taliban bisher an ihre Amnestie-Zusage hielten. Eine systematische politische Verfolgung oder eine massive Gefährdung der persönlichen Sicherheit gebe es nicht.

Wie passt das zur Einstufung Afghanistans als nicht sicheres Herkunftsland durch die deutsche Regierung? Gar nicht.

Gerade erst ist ein neuer Streit zwischen Grünen und Liberalen darüber entbrannt, welche Staaten der Welt als sicher einzustufen sind. [Laut Gesetz](#) gilt ein Land als sicher, wenn dort keine staatliche Verfolgung zu befürchten ist und für die Rechtssicherheit der Bürger gesorgt ist. Nachdem die «Ampel» vor kurzem Georgien und die Moldau in diese Kategorie eingestuft hat, wollen die Liberalen diesen Status nun auch für Algerien, Marokko und Tunesien. So sollen abgelehnte Asylbewerber aus diesen Staaten schneller abgeschoben werden können. Die Grünen lehnen diese Forderung kategorisch ab und verweisen auf jüngste Verhaftungen tunesischer Oppositioneller.

ANZEIGE



Spezialangebot - Nur für kurze Zeit

Mit Ihrer American Express Gold Card weltweit sicher bezahlen.
Jetzt mit 45 000 Bonuspunkten. Jetzt beantragen.

Der Streit verweist auf ein deutsches Grundproblem: Es gibt keine kohärente Migrationspolitik. Das zeigt sich besonders gut an

Afghanistan. In den Jahren des westlichen Militäreinsatzes zwischen 2011 und 2021 galt das Land den verschiedenen Bundesregierungen als sicher, obwohl es in weiten Teilen immer wieder zu offenen Kampfhandlungen und Anschlägen kam. Menschen, die für die damalige Regierung oder westliche Streitkräfte und Organisationen arbeiteten, waren erklärtes Ziel der Taliban. Sie konnten sich ihres Lebens nicht sicher sein.

Sicher wie seit 40 Jahren nicht mehr

Heute ist Afghanistan so sicher wie seit mehr als vierzig Jahren nicht mehr. Nicht nur ausländische Journalisten, sondern auch [Touristen](#), insbesondere aber die Einheimischen können durchs Land reisen, ohne von Kriminellen, Terroristen, korrupten Polizisten oder anderen bewaffneten Gruppen bedroht zu werden. Ja, es kommt noch zu sporadischen Anschlägen der Terrorgruppe Islamischer Staat, vor allem in Kabul. Aber alles in allem haben die Taliban das Land unter Kontrolle. Die meisten Afghanen goutieren das. Nach mehr als vier Jahrzehnten haben sie genug von Krieg und Gewalt.

Es ist grotesk: Früher schob Deutschland afghanische Migranten in ein umkämpftes Land ab. Heute stuft das Auswärtige Amt Afghanistan als nicht sicheres Herkunftsland ein, obwohl dort seit zwei Jahren nicht mehr gekämpft wird und die Taliban eine – bisher – glaubhafte Amnestie erlassen haben.

In der Begründung des Ministeriums von Annalena Baerbock heisst es, die Sicherheitslage in Afghanistan habe sich drastisch verschlechtert, es komme immer wieder zu Bombenanschlägen und bewaffneten Überfällen. Es stellt sich die Frage, auf welchen Erkenntnissen diese Einschätzung basiert. Deutschlands Botschaft in Kabul ist seit dem 15. August 2021 geschlossen. Offizielle Regierungsvertreter haben Afghanistan seit Jahren nicht mehr bereist.

Richtig ist, dass die Taliban nicht jeden Terroranschlag verhindern können. Richtig ist auch, dass sich besonders westliche Ausländer vor der Willkür der neuen Herrscher in acht nehmen müssen. Doch

zur Wahrheit gehört auch, dass afghanische Flüchtlinge längst in Scharen aus dem Ausland zurückkehren. Die Türkei, Pakistan, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate haben mit den Taliban Abkommen geschlossen, die eine Rückführung regeln. Aus Sicht dieser Länder ist Afghanistan längst wieder ein sicheres Herkunftsland.

Das grösste Problem sind nicht die Taliban

Es ist verständlich und richtig, dass Deutschland andere Kriterien anlegt. Offene Homosexualität etwa ist in der afghanischen Gesellschaft geächtet, auch wenn sie im Verborgenen gang und gäbe ist. Die weitgehende Verbannung von Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen Leben ist menschenverachtend und im Übrigen ein Streitthema zwischen den Hardlinern und den Pragmatikern in der Taliban-Führung. Und die Anwendung der Scharia hat mit international geltenden Rechtsformen nichts zu tun, ist aber in der archaisch geprägten Stammesgesellschaft Afghanistans breit akzeptiert.

Aber archaische Normen und Asylgründe sind nicht dasselbe. Deutschland gewährt Menschen vor allem deshalb Schutz, weil sie in ihren Ländern vor Krieg oder politischer Verfolgung nicht sicher sind. Es mag für hiesige Ohren gewöhnungsbedürftig klingen, aber diese Gründe existieren für Afghanistan weitgehend nicht mehr. Der Krieg ist seit zwei Jahren vorbei. Das grösste Problem der Menschen sind nicht die Taliban. Es ist die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Perspektivlosigkeit.

Deshalb wollen so viele Afghanen ihr Land verlassen: weil sie auf ein besseres Leben hoffen. Selbst ranghohe Taliban versuchen, ihre Kinder in den Westen zu schicken, weil sie dort eher Perspektiven haben. Das mag verständlich sein. Es macht Afghanistan aber nicht zu einem unsicheren Herkunftsland.

Das politische Klima in Deutschland ist aufgeheizt. Die rechtsradikale AfD erlebt einen enormen Zuspruch, vor allem aufgrund der anhaltenden Migrationskrise. Es wäre im Sinne des

gesellschaftlichen Friedens, wenn die Bundesregierung die neue Realität in Afghanistan zur Kenntnis nähme.

Meine Highlights aus der «Neuen Zürcher Zeitung»



Will im Amt bleiben: Hessens Ministerpräsident Boris Rhein.

Chris Emil Janssen / Imago

- **Der Hütehund von Hessen.** Wer ist Boris Rhein, der als Ministerpräsident von Hessen am 8. Oktober wiedergewählt werden will? [Zum Porträt](#)
- **Gedränge an der Rüstungsmesse.** Waffenfirmen hatten früher ein schlechtes Image, nun werden sie von Regierungen hofiert. Wie laufen die Geschäfte ab? Der Besuch einer grossen Messe zeigt, wie eine verschwiegene Branche tickt. [Zur Reportage](#)
- **Entlassung von Hansi Flick.** Es ist ein überfälliger Schritt. Die Blamage der Fussball-Nationalmannschaft gegen Japan zeitigt Folgen. Rudi Völler übernimmt interimistisch das Team. [Zur Analyse](#)

Gefällt Ihnen «Der andere Blick»? Dann leiten Sie diesen Newsletter an Ihre Freunde weiter.

Haben Sie diesen Newsletter von einem Freund erhalten? [Melden Sie sich hier für den werktäglichen Newsletter «Der andere Blick» an.](#)

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.
Ihr Marco Seliger

Neue Zürcher Zeitung



[Alle NZZ-Newsletter im Überblick](#)

[Diesen Newsletter abbestellen](#)
